

Tschechische Republik

Kristina Larischová

Die tschechische Wirtschaft ist im Jahr 2007 um 6,5% gewachsen, gleichzeitig sank die Arbeitslosenquote auf 6% am Jahresende.¹ Die von den Bürgerlichen Demokraten (ODS), den Christdemokraten (KDU-ČSL) und den Grünen (SZ) gebildete Mitte-Rechts-Koalition setzte im September 2007 ihr Reformpaket zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte im Parlament durch. Ab 2008 gelten zahlreiche Änderungen bei Steuern und Sozialleistungen sowie im Gesundheitswesen. Die oppositionellen Sozialdemokraten (ČSSD) und Kommunisten (KSČM) kritisierten dagegen, dass die Reform weitere Neuverschuldung nach sich ziehen und die mittleren und schwachen Sozialschichten benachteiligen würde. Die energische Durchsetzung der Reformen mit Hilfe von zwei Überläufern im Abgeordnetenhaus und die von den Gewerkschaften als mangelhaft empfundene Kommunikation seitens der Regierung mündeten in einen landesweiten Warnstreik unter Teilnahme von fast einer Million Beschäftigten am 24. Juni 2008. Erstmals seit der Wende wurde der soziale Frieden in einem solchen Ausmaß gebrochen. Die Opposition hofft infolge der Unzufriedenheit der Bevölkerung auf für sie günstige Ergebnisse in den Bezirks- und Senatswahlen, die im Oktober 2008 stattfinden werden.

Während die frühere, von den Sozialdemokraten geführte Regierung das Jahr 2012 als Beitrittsdatum zur Eurozone anvisierte, weigert sich die heutige Regierung unter Leitung der Euro-skeptischen ODS sich auf ein Datum festzulegen, mit dem Hinweis darauf, dass zunächst eine Renten- und Gesundheitsreform durchzuführen seien. Der fehlende politische Wille zur Euroeinführung wird durch die Wirtschaft (80% Handelsaustausch mit der EU-27) mehrheitlich kritisiert. Die andauernde und auf internationalen Spekulationen beruhende Aufwertung der tschechischen Krone beeinträchtigt die tschechischen Exporte und macht die Wirtschaft potenziell verletzbar. Das Defizit der öffentlichen Finanzen lag zwar knapp unter dem Referenzpunkt des Maastricht-Kriteriums, aber eine Inflation von ca. 6% (verursacht durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer) macht eine baldige Euroeinführung unmöglich. Die Bewertung der tschechischen Wirtschaftsführung durch die Europäische Kommission fiel im Jahr 2008 positiver aus als im Vorjahr und die Regierung wurde ermutigt, die Reformen fortzusetzen. Gleichzeitig hat die Europäische Kommission eine Beendigung des seit 2004 laufenden Verfahrens wegen des Haushaltsdefizits vorgeschlagen.²

Premierminister Mirek Topolánek wurde zunehmend mit den Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition konfrontiert. Selbst innerhalb der ODS bestehen Spannungen zwischen dem europapragmatischen und europaskeptischen Flügel, die vor allem bezüglich des Lissabon-Vertrags deutlich wurden. Auch hat sich die KDU-ČSL gegen einige Reformen im Bereich des Gesundheitswesens gestellt (Verkauf der Krankenversicherungsanstalten, Gebühren für Neugeborene). Die Christdemokraten kämpften zudem monatelang mit der Korruptionsaffäre ihres Vorsitzenden Jiří Čunek, der zum Rücktritt gezwungen worden

1 Die hohe Anzahl von freien Arbeitsplätzen beweist den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der sich besonders für Industrieunternehmen nachteilig auswirkt.

2 Tschechische Presseagentur (ČTK), 7.5.2008.

war, später allerdings wieder ins Amt zurückkehrte.³ Nicht nur sein Ministerium für Regionalentwicklung blieb lange unbesetzt. Auch die grüne Ministerin für Schulwesen wurde wegen inkompetenten Managements von EU-Fonds zum Rücktritt gezwungen. Die Loyalität des SZ-Vorstands mit dem Premierminister in den außen- und sozialpolitischen Fragen führte zu einer Rebellion innerhalb der Partei. Ein dauerhaftes Tauziehen zwischen der SZ und dem Rest der Koalition findet außerdem über die Energiekonzeption des Landes statt. Die Bevölkerung, die Regierungsparteien ODS und KDU-ČSL und auch die Opposition sprechen sich für die Weiterentwicklung der Kernenergie aus, die SZ stellt sich jedoch dezidiert dagegen. Tschechien ist eines der wenigen europäischen Länder, das Energieüberschüsse exportiert.

Im Februar 2008 wurde Staatspräsident Klaus durch beide Kammern des Parlaments mit einer Mehrheit von zwei Stimmen für weitere fünf Jahre gewählt. Nicht nur die Opposition, sondern auch die SZ und einige Christdemokraten hatten sich den liberalen proeuropäischen Ökonomieprofessor Jan Švejnar gewünscht, dem laut Umfragen auch die Öffentlichkeit den Vorzug gegeben hätte. Hätte sich Švejnar durchgesetzt, wäre jedoch möglicherweise der Posten des ODS-Vorsitzenden und somit des Kabinettschefs gefährdet gewesen. Die geheimen Verhandlungen und Intrigen, die im Laufe der drei Wahlrunden stattfanden, haben zusätzliche Animositäten in der innenpolitischen Szene hinterlassen. Hinzu kommt die Tatsache, dass der Preis für die Wiederwahl von Klaus das Versprechen an die KDU-ČSL war, die Kirchen endlich für die Enteignungen durch das kommunistische Regime zu entschädigen. Schließlich haben sich jedoch im ODS-Lager drei Abgeordnete gefunden, die den entsprechenden Gesetzesentwurf der Regierung im Parlament gemeinsam mit der Opposition am 3. Juni 2008 gestoppt haben.

Die Probleme mit der Besetzung oder Lahmlegung einiger Ministerien brachten zum Teil Verspätungen bei der Ausschöpfung von EU-Geldern mit sich. Laut Experten könnten hinter den Verzögerungen aber auch Säuberungen in den Schlüsselministerien nach den Wahlen gestanden haben.⁴ Ende Juli 2007 hatte die Europäische Kommission den Nationalen Strategischen Referenzrahmen gebilligt, wonach Tschechien im Zeitraum 2007-2013 insgesamt 27 Mrd. Euro erhalten könnte. Im Dezember wurden die meisten der 24 vorgeschlagenen operationellen Programme genehmigt, bei den Programmen unter der Schirmherrschaft der Schulministerin kam es jedoch zu großen zeitlichen Verzögerungen. Das Programm Forschung und Entwicklung für Innovationen wurde erst unter dem neuen Schulminister Liška (SZ) im April 2008 gebilligt. Nach Meinung von Experten wird die erfolgreiche Beantragung von EU-Förderungen durch die zu hohe Zahl von operationellen Programmen erschwert. Laut der Europäischen Kommission landete Tschechien bei der Ausschöpfung der EU-Fonds in der letzten Haushaltsperiode (bis 2006, wobei die Schöpfung bis 2008 läuft) auf dem viertletzten Platz.⁵ Die mangelnde Vorbereitung auf die Beantragung von EU-Mitteln spiegelt sich in der öffentlichen Meinung über die tschechische EU-Mitgliedschaft wider. Wie die Autoren des nationalen Eurobarometers vom 12. Juli 2007 feststellten, teilte zum ersten Mal weniger als die Hälfte der Befragten (46%) die Auffassung, dass die EU-Mitgliedschaft positiv sei. Es ist wahrscheinlich, dass die eurokritischen Stimmen der höchsten Regierungsposten die Öffentlichkeit negativ beeinflussen.

3 Die aktive Rolle der Höchsten Staatsanwaltschaft in seinem Fall ließ Zweifel an Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung entstehen.

4 Tageszeitung *Právo*, 11.3.2008, S. 19.

5 ČTK, 10.3.2008.

Reibungsflächen zwischen Prag und Brüssel

Große Spannungen zwischen Prag und Brüssel entstanden aufgrund der bilateralen Verhandlungen Prags mit Washington über die Aufhebung der Visumpflicht für Tschechen. Ein entsprechendes Memorandum⁶ wurde am 26. Februar 2008 abgeschlossen, es berücksichtigt angeblich auch etwaige Verpflichtungen Tschechiens gegenüber der Visapolitik der EU. Prag hatte allerdings sein Vorgehen nicht mit der EU koordiniert, was zu einer massiven Kritik der EU-Partner führte. Tschechien war der erste EU-Staat, der im Alleingang ein solches Visa-Memorandum mit den USA unterzeichnete. Laut Vizepremier Vondra hätte Tschechien das Memorandum auch dann unterschrieben, wenn es noch keine gemeinsame Position innerhalb der EU gegeben hätte.⁷ Das Ausmaß der von den USA verlangten Informationen und Maßnahmen von den insgesamt acht Staaten, die dem tschechischen Vorbild folgten, und mit denen Washington Memoranden über den visafreien Verkehr bilateral abschließt, war Grund der Empörung einiger alter EU-Staaten. Diese befürchteten, dass die strengeren Bedingungen künftig auch von den alten Mitgliedstaaten verlangt werden könnten. Die tschechische Regierung behauptete, dass Brüssel lange nichts gegen die ungleiche Behandlung der neuen Mitgliedstaaten in Sachen Visapolitik getan hätte und dass Prag aus diesem Grund alleine verhandeln musste. Die amerikanische Regierung rechnet mit der Erweiterung des visafreien Verkehrs bis Ende 2008. Aktuell gilt in der EU für die Verhandlungen über Visafragen mit den USA ein zweigleisiges Herangehen mit geteilten Kompetenzen, d.h. die Europäische Kommission verhandelt für die gesamte EU, während gleichzeitig auch auf nationalstaatlicher Ebene verhandelt wird.

Was die Einführung der EU-Legislative angeht, so gehört Tschechien aktuell zu den schlechtesten EU-Mitgliedern. Laut des Regierungsberichts für das Jahr 2007 stehe Tschechien an 25. Stelle. Insbesondere im Gesundheitswesen sind noch wenige EU-Richtlinien umgesetzt. Der Meinung des Chefs des Legislativrates der Regierung Svoboda nach, handele es sich in diesem Fall nicht um eine politisch sensible Legislative, die Verzögerungen seien vielmehr auf administrative Hürden zurückzuführen.⁸ Ideologische Prägung hatte jedoch ein anderes der zahlreichen Vetos des Staatspräsidenten: Am 16.5.2008 verhinderte er das Inkrafttreten des Antidiskriminierungsgesetzes in Tschechien. Zwar wurde eine entsprechende Norm von der EU auferlegt, Klaus hält das Gesetz zur Chancengleichheit jedoch für „überflüssig, kontraproduktiv und in seinen Auswirkungen sehr problematisch“.

Seit Ende März 2008 profitieren die Tschechen von ihrem Beitritt zur Schengenzone auch im Flugverkehr. Die zu diesem Zeitpunkt noch sporadisch stattfindenden deutschen Polizeikontrollen an den deutsch-tschechischen Grenzen bezeichnete Premierminister Topolánek als Schikane und Verstoß gegen das Schengenabkommen. Weitere Evergreens des tschechischen europapolitischen Diskurses sind die Übergangsfristen für die komplette Öffnung der Arbeitsmärkte in Deutschland und Österreich.

Die Spannungen zwischen dem grünen Umweltminister und dem ODS-Industrieminister in den EU-relevanten Fragen setzten sich fort. Das Industrieministerium initiierte im Juni 2007 eine Klage gegen die Europäische Kommission wegen der angeblich diskriminierenden Höhe der zugeteilten CO₂-Emissionszertifikate für die Jahre 2008-2012. Das Umweltministerium will die Klage nun zurückziehen.⁹ Als Argumente dienen die anstehende

6 Es bedeutet keine Aufhebung der Visumpflicht, sondern eine Vereinfachung der Prozedur.

7 Vondra in Radio Prague, 18.2.2008.

8 ČTK, 27.3.2008.

9 ČTK, 1.4.2008.

hende EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens sowie das Unvermögen, die nationalen Emissionskontingente in der Vergangenheit voll auszuschöpfen.

Ausbleibende Ratifizierung des Lissabon-Vertrags

Tschechien hat den Lissabon-Vertrag noch nicht ratifiziert. Die Ratifizierung müsste in beiden Kammern des Parlaments mit Verfassungsmehrheit (3/5 der Stimmen) erfolgen. Erwartungsgemäß würden sich für den Vertrag die ČSSD, die SZ, die KDU-ČSL und eine Mehrheit der ODS aussprechen. Die ODS bezieht eine widersprüchliche Position zu dem Dokument, das der Ministerpräsident und ODS-Vorsitzende selbst mit unterzeichnete. Trotz den Erklärungen des Vizepremiers für Europaangelegenheiten Vondra über den vermeintlichen Einklang des Vertrags mit der tschechischen Verfassung,¹⁰ hat der durch die ODS dominierte Senat am 24. April 2008 für eine Überprüfung des Vertrags durch das Verfassungsgericht gestimmt. Auf mögliche Widersprüche mit der nationalen Verfassung sollen vor allem die Kompetenzübertragung, der Übergang zu Mehrheitsentscheidungen und die rechtliche Verbindlichkeit der EU-Grundrechtscharta geprüft werden. Staatspräsident Klaus äußerte im Mai 2008 seine Besorgnis darüber, dass der Lissabon-Vertrag die Gültigkeit der Beneš-Dekrete gefährde.¹¹ Die Haltung der ODS ist auf einen Parteibeschluss aus dem Jahr 2007 zurückzuführen, in dem die weitere Übertragung nationaler Kompetenzen auf die EU-Ebene sowie eine Erweiterung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit abgelehnt wurde.

Das irische Nein zum Reformvertrag ließ den Konflikt nicht nur in der Koalition, sondern auch innerhalb der ODS deutlich werden: Einerseits stehen der Premierminister sowie der mit Europaangelegenheiten beauftragte Vizepremier unter dem Druck der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft und der internationalen Politik. Andererseits werden die Stimmen aus dem stark euroskeptischen ODS-Lager lauter. An ihrer Spitze steht der Staatspräsident und Ehrenvorsitzende der ODS, Václav Klaus, der das Ergebnis des irischen Referendums ausdrücklich begrüßte. Viele Beobachter fragen, wer für Tschechien spricht – ist es der Premierminister, der sich für die Ratifizierung ausspricht oder ist es das Staatsoberhaupt, das dem polnischen Präsidenten nach seinem Veto gegen den Vertrag Sympathien bekundete und den Vertrag als einziges unter allen EU-Spitzenpolitikern tatsagte? Die euroskeptischen ODS-Senatoren und ein Teil der rebellierenden ODS-Abgeordneten gemeinsam mit dem einflussreichen Prager Oberbürgermeister Pavel Bém (Stv. ODS-Vorsitzender und Rivale des Ministerpräsidenten) bilden jenen Flügel, der die Position der Regierungsverantwortlichen kompliziert macht. Die zwei kleineren Koalitionsparteien sind für die Ratifizierung des Vertrags ohne Verzögerung, genauso wie die oppositionelle ČSSD, die vor einer möglichen Isolierung des Landes und dem Verlust von Vertrauenswürdigkeit warnt.

Vorbereitung auf die erste tschechische EU-Ratspräsidentschaft (CZ PRES)

Im Verlauf der 18-monatigen Trio-Ratspräsidentschaft (Frankreich, Tschechien, Schweden) wird es dem Programm nach hauptsächlich um die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit gehen, weiter um Umweltschutz, Energiesicherheit und die Beziehungen mit der neuen US-Administrative. Die drei Länder taten sich schwer bei der Festlegung des gemeinsamen Programms, trotz der ideologischen Nähe ihrer Regierungen. Divergierende Vorstellungen gab es in der Frage nach den CO₂-Emissionen, da die Tschechen in diesem

¹⁰ ČTK, 28.6.2008.

¹¹ Die Dekrete ermöglichten rechtlich die Enteignung und Vertreibung der deutschsprachigen Minderheit aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zusammenhang eine eher skeptische Haltung vertreten. Während Prag einen Schwerpunkt auf den Lissabon-Vertrag vermeiden wollte, wird dessen Implementierung den Äußerungen französischer und schwedischer Politiker nach die Hauptaufgabe der CZ PRES werden. Weitere Streitpunkte stellten die Agrarpolitik dar, sowie die Frage, ob die EU-Nachbarschaftspolitik sich künftig auf die südliche oder östliche Nachbarschaft konzentrieren sollte. Es ist wahrscheinlich, dass Tschechien während seiner EU-Ratspräsidentschaft die Liberalisierung des Energiesektors in der EU lösen müssen wird. Die Europäische Kommission setzte das so genannte „unbundling“ durch, welches viele wichtige EU-Länder ablehnen. Für Tschechien selbst ist vor allem die Spaltung im Gassektor problematisch.

Tschechien hat für die CZ PRES das Motto „Europa ohne Barrieren“ gewählt und will sich für mehr Konkurrenzfähigkeit, Deregulierung und eine liberale Handelspolitik einsetzen. Organisatorisch sieht das Kabinett vor, dass die Ministertreffen auch in den Regionen Tschechiens stattfinden werden. Seit dem Scheitern des irischen Referendums wird befürchtet, dass Tschechien einen großen Teil der französischen Präsidentschaftsagenda ungewollt „erben“ wird. Experten kritisieren, dass sich Tschechien bei der Prioritätensetzung zu sehr auf Eigeninteressen konzentriert und seine Rolle weniger als die eines Maklers oder Vermittlers verstehe. Prag will z.B. die Liberalisierung des Arbeitsmarkts zu Ende führen, einen Vorentwurf der Haushaltsreform nach 2013 vorbereiten und die Debatte zur Regelung der Dienstleistungsrichtlinie neu öffnen.¹²

Am 7. Januar 2008 kam es zum lange angekündigten Wechsel im Amt des tschechischen EU-Botschafters in Brüssel. Den erfahrenen Diplomaten Jan Kohout ersetzte die ehemalige Landwirtschaftsministerin der ersten kurzen Topolánek-Regierung Milena Vicoňová. Die langwierige Phase des Suchens nach einer geeigneten Person nachdem Kohout (ČSSD) schon abberufen war, hat kritische Reaktionen bei der Opposition hervorgerufen. Die Hauptaufgabe der neuen Botschafterin wird die Vorbereitung auf die CZ PRES sein. Insgesamt stellt sich die Frage nach der institutionellen Kapazität der CZ PRES. Die Staatsverwaltung ist weiterhin zu stark politisiert und ungenügend europäisiert, ein fehlender Sinn für eine europäische Konsensfähigkeit wurde mehrfach demonstriert, u.a. im Zusammenhang mit den Verhandlungen zum Lissabon-Vertrag. Prag unterstreicht im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik seine Interessen im Osten und auf dem Balkan. Auch wenn es über die Ukraine in der EU keinen Konsens gibt, zeigte sich Vondra zuversichtlich, dass Tschechien während der Präsidentschaft den ukrainischen Weg in die EU ebnen kann.¹³ Prag unterstützt damit die polnisch-schwedische östliche Initiative. Vondra versteht eine Verstärkung der östlichen Dimension im nächsten Jahr als eine Ausbalancierung der durch Sarkozy initiierten Mittelmeerunion.¹⁴ Das Engagement im post-sowjetischen Raum bleibt weiterhin eine der Prioritäten Prags. Die Visegrad-Gruppe traf sich am 5.-6. Juni 2008 in Prag, um ihre regionale Zusammenarbeit während der CZ PRES zu besprechen. Es besteht die Absicht, einen Mechanismus für die Parlamente der Visegrad-Staaten aufzubauen, der es ermöglichen soll, nach der Umsetzung des Lissabon-Vertrags gemeinsam gegen die Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission vorzugehen.

Die Erkenntnis über die zunehmenden Komplikationen für die kommende CZ PRES hat den Regierungschef dazu veranlasst sich in einem Brief an den ČSSD-Vorsitzenden Jiří Paroubek zu wenden und ihn zu einer „seriösen Diskussion über die Prioritäten in der

12 Alexandr Vondra laut CTK, 1.4.2008.

13 Tageszeitung E15, 11.6.2008, S. 3.

14 CTK, 26.5.2008.

Außenpolitik, welche eine Regierungszeit überschreiten,“ aufzurufen.¹⁵ In der Periode vor der CZ PRES wird es aber schon angesichts der bevorstehenden Bezirks- und Senatswahlen (Oktober 2008) und den Europawahlen (Juni 2009) kaum zu einem Waffenstillstand zwischen der Opposition und dem Kabinett kommen können.

Außenpolitik

Auch wenn die Atlantiker die Außenpolitik bestimmen, ist die öffentliche Meinung mit deutlicher Mehrheit (68% zu 24%) gegen die Stationierung einer US-Raketenabwehrradarbasis in Tschechien.¹⁶ Die tschechische Regierung hatte es im Unterschied zu der Regierung Tusk in Polen sehr eilig, die Verhandlungen noch mit der Bush-Administrative abzuschließen. Sie hatte am 21. Mai 2008 den Hauptteil des tschechisch-amerikanischen Vertrags zur Radarstationierung gebilligt. Die tschechische Regierung ist sogar grundsätzlich bereit, russische Beobachtungsmissionen in der geplanten US-amerikanischen Radarbasis zu dulden. Der Hauptvertrag (er wird noch ergänzt um den Vertrag zu den Aufenthaltsbedingungen der US-Soldaten in Tschechien) wurde am 8. Juli 2008 in Prag unterzeichnet und dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt. Obwohl die ČSSD am 21. Juni 2008 bereits ihren vierten Abgeordneten seit den Wahlen zugunsten des Koalitionslagers verlor, gab es Mitte 2008 noch keine Mehrheit im Abgeordnetenhaus für den Vertrag.

Die Regierung hat am 21. Mai 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt. Die linke Opposition sprach sich dagegen aus. Auch der Staatspräsident und die mitregierende KDU-ČSL lehnten die Unabhängigkeit ab.

Fazit

Einen funktionierenden „Waffenstillstand“ zwischen der ODS-dominierten Regierung und der Opposition wird es vor der CZ PRES kaum geben können. Der Mangel an Konsens in innenpolitischen wie auch europa- und außenpolitischen Fragen ist zu grundlegend. Dies beweisen nicht nur die unterschiedlichen Haltungen zur Zukunft der EU, sondern auch die Spaltung in der Frage der Stationierung des US-amerikanischen Radars auf tschechischem Territorium. Im Oktober 2008 werden außerdem die Regional- und Senatswahlen stattfinden und die Kampagne vor den nächsten Europawahlen (Juni 2009) wird zeitlich in die Periode der CZ PRES fallen.

Die Regierung konzentriert sich zu wenig auf die eigene Ratifizierung des Lissabon-Vertrags und stellt sich zu ambitionierte Ziele im Rahmen der CZ PRES. Es besteht das Risiko, dass die endgültige tschechische Position zum Reformvertrag zum Prüfstein für die Stärke einzelner interner ODS-Flügel wird. Zum Paradox der tschechischen Europapolitik gehört die Tatsache, dass die politische Führung euroskeptischer ist als das Volk selbst. Langfristig ist der mangelnde innenpolitische Konsens in der Europapolitik nicht haltbar.

Weiterführende Literatur

Vladimír Handl: Vom Feindbild zum differenzierten Europabild? Tschechien, Ostmitteleuropa und die europäische Integration, in: *integration* 4/2007, S. 470-483.

Mats Braun: Czech Republic, in: *EU-27 Watch*, No.6, IEP Berlin 2008, S. 28-31.

Petr Kratochvíl/Elsa Tulmets: Checking the Czech Role in the European Neighbourhood, Analysis of the Friedrich-Ebert-Stiftung Prague, May 2007, www.fesprag.cz/dokumenty/2-ENP-final-en.pdf.

15 Tageszeitung Lidové noviny, 18.6.2008.

16 Pressebericht des Zentrums für öffentliche Meinungsforschung (CVVM), 4.6.2008.